

Beschluss
der 2. Tagung des 1. Landesparteitages 25. / 26. 10. 2008 in Sömmerda
mit 1 Stimmenthaltung angenommen

Wahlstrategie für das Wahljahr 2009

„ZEIT FÜR VERÄNDERUNGEN“

Das Wahljahr 2009 stellt hohe Anforderungen an die Partei DIE LINKE, ihre Mitglieder, Gliederungen und Gremien in Thüringen.

Die Tatsache, dass in 2009 vier Wahlen auf allen Ebenen stattfinden zeigt die Größe der Herausforderung.

Ziel der Wahlstrategie ist es, die Grundlagen für erfolgreiche Kommunal-, Europa-, Landtags- und Bundestagswahlen in allen Gliederungen der Partei zu schaffen. Sie orientiert sich an den Beschlüssen des Mühlhäuser Parteitages:

- Den Politikwechsel einleiten – Das Jahr 2009 vorbereiten
- Kommunalpolitik geht auch anders

Die Zahl und Dichte der Wahlen im Jahr 2009 verlangt, dass die Wahlkampagnen zu einer einheitlichen Kampagne, in der die Inhalte und die Art und Weise der öffentlichen Erscheinung von der Kommunalwahl bis zur Bundestagswahl durchgehalten wird, verschmelzen.

Wie keine andere Partei hat die neue LINKE nach ihrem Wahlerfolg 2005 und nach Abschluss ihres Gründungsprozesses im Juni 2007 die Politik im Land verändert. Sie bestimmt heute die politische Agenda der Republik in einigen wichtigen Fragen mit.

Durch das Wirken ihrer Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten, durch ihre Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger in den Kommunen, im Land, im Bund und in Europa hat DIE LINKE bei den Bürgerinnen und Bürgern bundesweit ihr Ansehen (werberisch: ihr "positives Image") sehr verbessert und gefestigt.

Dieses Image besteht aus fünf allgemeinen Merkmalen:

- DIE LINKE ist eine neue Partei.
- DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit, aller Bürger, vor allem der "kleinen Leute".
- DIE LINKE ist eine Antikriegspartei.
- DIE LINKE ist eine Partei, die auf allen Ebenen in der Öffentlichkeit durch ihre kompetenten Politikerinnen und Politiker überzeugend repräsentiert wird.
- DIE LINKE ist eine erfolgreiche Partei.

An dieses positive Image ist in der Wahlkampagne 2009 anzuschließen.

Ausgangssituation:

Thüringen ist durch die Politik der CDU zum Billiglohnland Nummer Eins geworden, wir verzeichnen eine anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit. Sozialabbau, eine veraltete Bildungspolitik, die auf frühzeitige Auslese setzt und somit Chancengleichheit verhindert, eine Wirtschaftspolitik, die weder moderne Potentiale genügend fördert sowie Mittelstand und Handwerk immer stärker in Bedrängnis bringt, kennzeichnen unser Land nach 19 Jahren CDU-Regierung.

Schwarzer Filz, Miss- und Vetternwirtschaft, Korruption und Skandale haben im Zeichen der Alleinherrschaft der CDU deutlich zugenommen.

Dringend erforderliche Richtungsänderungen wurden von der CDU-Althaus-Regierung entweder nicht erkannt oder aus partei- und machtpolitischem Kalkül verschoben, verschleppt oder nur halbherzig in Angriff genommen.

Insbesondere die letzte Regierungsumbildung steht exemplarisch für diese Situation.

Dagegen leistet DIE LINKE Widerstand und sieht sich in der Verantwortung, den Protest gegen diese Politik zu unterstützen und eigene Konzepte zur Änderung dieser Entwicklung anzubieten.

Mit dem Landesprogramm "Thüringen 2020" haben wir ein umfassendes Konzept als Diskussionspapier in Öffentlichkeit gegeben und gute Voraussetzungen für erfolgreiche Wahlen.

Wir haben eine hohe Verantwortung, weil die Wählerinnen und Wähler von uns Veränderungen erwarten.

Die Erwartungen an uns sind breit gefächert.

Sie gehen von uns als Oppositionspartei aus und reichen mehr und mehr bis hin zu der Forderung, in Regierungsverantwortung für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

Mit der Nominierung eines Ministerpräsidentenkandidaten hat sich die Partei entschlossen, dieser Verantwortung auch gerecht zu werden.

International hat die Finanzmarktkrise die Wirtschaft zum Schleudern gebracht. Die gesellschaftlichen Auswirkungen sind schon jetzt spürbar und werden im Wahljahr noch stärker in Erscheinung treten. Die Finanzmarktkrise offenbart eine Krise des Systems: Sie resultiert aus der jahrelangen Deregulierungs- und Umverteilungspolitik von unten nach oben, aus Privatisierungen und Kürzungen von Lohn und sozialen Leistungen. Die LINKE muss in dieser Situation glaubwürdig auf der Seite der lohnabhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen und der Rentnerinnen und Rentner stehen und dafür eintreten, dass die Verluste nicht sozialisiert, sondern von denjenigen getragen werden, die sie verursacht haben. Zugleich müssen wir die Auseinandersetzung um die Folgen der Krise als Herausforderung für den Kampf um grundlegende Alternativen zum Kapitalismus verstehen.

DIE LINKE ist auf Bundesebene zur dritten Kraft geworden, sowohl nach Mitgliederzahl, nach der Zahl der Abgeordneten in Bundestag und Landesparlamenten als auch in Wahlprognosen für den nächsten Deutschen Bundestag.

In Thüringen sind wir zweitstärkste Kraft. Der Abstand zur Regierungspartei CDU ist so gering wie nie.

Während sich im Land immer stärker eine Wechselstimmung abzeichnet, zeigt sich die SPD derzeit unfähig, einen Politikwechsel nach 2009 tatsächlich in den Mittelpunkt ihres Agierens zu stellen. Sie muss sich entscheiden: Will sie eine rot-rote-Mehrheit für den Politikwechsel nutzen oder will sie im Falle eines Wahlsieges der LINKEN diesen ausschlagen und gemeinsam mit der CDU so weiter wursteln wie bisher.

Unsere Wahlstrategie muss mit dieser Situation so umgehen, dass wir **vor allem unsere Politik in den Mittelpunkt stellen**, unser politisches Profil schärfen und den Wählerinnen und Wählern vermitteln, dass es nur mit der Partei DIE LINKE in Thüringen zu Veränderungen kommt.

Wer also sicher sein will, dass sich die Grundzüge der Politik verändern, muss DIE LINKE wählen.

DAS IST UNSERE BOTSCHAFT und ES IST ZEIT FÜR VERÄNDERUNGEN, wenn man den Zustand des Landes nach 19 Jahren CDU-Regierung sieht.

Es ist ein Wille zur Veränderung unter der Bevölkerung zu spüren und die Unzufriedenheit mit der Althaus-CDU-Regierung reicht bis in Kreise der Wirtschaft hinein.

Bei den Grünen und vor allem bei der FDP ist nicht absehbar, ob sie den Sprung in den Landtag schaffen. Bisher setzen die Grünen auf ihr verabschiedetes Umwelt- und Energiekonzept bzw. auf Bildungsthemen. Es deutet sich zudem an, dass sich die Grünen verstärkt in vorhandene Bürgerinitiativen einbringen, um dort ihre „besondere Umweltkompetenz“ in Wählerstimmen ummünzen zu können. Die FDP dient sich bislang als Mehrheitsbeschaffer für die CDU an.

Angesichts der Vielzahl der historischen Jahrestage im Jahr 2009 werden unsere politischen Kontrahenten jede Gelegenheit nutzen, uns die Vergangenheit vorzuwerfen. Es ist absehbar, dass Geschichte und Geschichtsthemen instrumentalisiert werden. Darauf werden wir uns einstellen.

In die Partei muss deutlich kommuniziert werden, dass die Pauschalverurteilung unserer Vergangenheit durch die CDU vor allem aufgrund ihrer eigenen Defensive erfolgen wird.

Unsere Reaktion muss darin bestehen deutlich zu machen, dass wir zum einen aus unserer Vergangenheit gelernt haben, dass gesellschaftliche Veränderungen nur mit demokratischen Mitteln erreicht werden können, wenn sie zugleich mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit hervorbringen sollen. Zum anderen setzen wir uns weiterhin aus dieser Grundhaltung differenziert und kritisch mit der DDR und dem untergegangenen Realsozialismus auseinander.

Diese Wahlen sind auch deshalb besonders, weil die Rechtsextremisten mit aller Macht versuchen werden, in den Landtag, die Kreistage, Stadträte und Gemeindevertretungen zu gelangen. DIE LINKE wird sich mit den Neonazis entschieden auseinandersetzen, um deren Stimmenanteil so gering wie möglich zu halten.

Derzeit ist überall im Land zu spüren, dass die Bürgerinnen und Bürger mit der Gesamtsituation unzufrieden sind, der CDU-Althaus-Regierung nicht wirklich zutrauen etwas zum Besseren zu führen und dass eine Wechselstimmung entstanden ist, die auch auf unseren Politikangeboten beruht.

Unser Wahlkampf muss darauf gerichtet sein, diesen Veränderungswillen zu mobilisieren. Es muss erkennbar werden, dass wir als einzige Partei einen konsequenten und ganzheitlichen Gegenentwurf zum neoliberal geprägten Sozialabbau, gegen die galoppierende soziale Spaltung sowie für mehr Gerechtigkeit und Solidarität zur Wahl stellen.

Wir müssen vermitteln, dass wir etwas ändern können und wollen.

Ziel ist die Verknüpfung eines konsequenten Personenwahlkampfes mit unserem Ministerpräsidentenkandidaten Bodo Ramelow und der Darstellung unserer inhaltlichen Vorstellungen. Dabei setzen wir deutlich darauf, dass die Zweitstimme die Stimme für den Ministerpräsidenten ist und damit die Stimme für einen Politikwechsel in Thüringen.

Ein Politikwechsel in Thüringen weg vom Neoliberalismus, hin zu sozialer Gerechtigkeit verändert die politische Landschaft in der ganzen Bundesrepublik. Vor dieser Verantwortung führen wir den Wahlkampf um die Regierungsverantwortung in Thüringen.

Mit einem Wahlprogramm, das deutliche Züge eines Regierungsprogramms trägt, werden wir sehr konkrete Aussagen dazu treffen müssen, was wir anders machen wollen. Wir werben mit unseren Ideen und Politikangeboten für eine andere Politik, die wir bereit sind durchzusetzen. Das ist der zentrale Inhalt unsere Kampagne.

Auch wenn sich thematisch möglicherweise manches ähnelt, DIE LINKE wird auf ihren zentralen Themenfeldern, an ihren inhaltlichen Forderungen, an ihrer Entschiedenheit, in ihrem Vorgehen festhalten, dass sie ihre Politik transparent gestaltet und die Bürgerinnen und Bürger einbezieht. Darin unterscheidet sie sich von allen anderen Parteien klar!

Bestandteil der Öffentlichkeitskampagne wird auch eine klare Abrechnung mit der Althaus-Regierung sein. Fehler hat es genug gegeben, die wir den Menschen u. a. mit einem Schwarzbuch in Erinnerung bringen werden.

Das ist vor allem auch vor der Tatsache notwendig, dass die CDU offensichtlich, auch was die soziale Gerechtigkeit betrifft, mit uns in Konkurrenz gehen will.

Dabei müssen die jüngsten Versuche der Althaus-CDU als durchsichtige Manöver zur Machterhaltung enttarnt werden.

Wer 18 Jahre lang keinen Wert auf Elemente der Bürgerbeteiligung gelegt hat, dem ist ein solches Umdenken von heute auf morgen nicht abzunehmen. Und wer – wie die CDU – einen Wahlkampf mit dem Thema SED-Vergangenheit machen will, wird als ehemalige Blockpartei unglaubwürdig.

Wir werden uns, auch wegen der eingeschränkten Wirkung der Medien als Meinungsbildner darauf konzentrieren, mit **unseren** Formen und Methoden in die Öffentlichkeit zu gehen.

Veranstaltungen, Informationsstände, Briefkastenverteilkaktionen, Gespräche mit Nachbarn usw. sind Formen, die effektiv wirken.

Die Zahl der Plakate und Großflächen ist nicht das letztlich Entscheidende für eine Entscheidung der Wählerinnen und Wähler.

Entscheidend für die Mobilisierung unseres WählerInnenpotentials ist, dass wir unsere Mitglieder und SympathisantInnen dazu aktivieren, einen aktiven Straßenwahlkampf zu führen. Das Gespräch mit dem Nachbarn, dem Gartenfreund und in der Familie sind die erfolgversprechendsten Formen unseres Wahlkampfes.

Es zahlt sich aus, dass wir seit vielen Jahren Betroffenen in Vereinen und Verbänden bei der Lösung ihrer Probleme geholfen haben. Das wollen wir auch weiterhin tun, um für die Menschen erlebbar zu sein, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, zu wissen, was sie bewegt und über unsere Politikangebote zu sprechen.

Kernpunkt bleibt dabei unser Engagement für mehr soziale Gerechtigkeit.

In den verschiedensten Veranstaltungsformen verbinden wir, wie in den letzten Jahren regelmäßig praktiziert, Politik mit Kultur. Das ist auch eine Frage unseres Politikstils.

Damit ist die Basis für den Erfolg 2009 vorhanden. Für DIE LINKE gilt es, sich in den Wahlkämpfen auf dieser Basis richtig zu bewegen.

Das bedeutet, noch stärker als bisher die Adresse für Menschen zu sein, die sich seit längerer Zeit enttäuscht von der Politik abgewandt haben.

In diesem Sinne verstehen wir uns als Partei, bei der auch der Protest der Menschen gegen die herrschenden Verhältnisse gut aufgehoben ist

DIE LINKE hat es in ihrer kurzen Geschichte bewiesen: Es ist möglich, mit der LINKEN in wirklich existentiellen Fragen die Politik und das Land zu verändern.

Kommunalwahlen:

Unser besonderes Augenmerk ist auf die Kommunalwahlen zu richten.

Absolute Priorität hat die Frage der Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten. Wir können nur dort gewählt werden, wo wir auch auf dem Wahlschein stehen. Die Kommunalwahlen legen den Grundstein für gute Ergebnisse bei Europa-, Landtags- und Bundestagswahlen.

Wir haben gute Voraussetzungen, denn durch unsere Verankerung sind wir für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar. Aber es ist viel Aufmerksamkeit darauf zu richten, dass keine Positionen verloren gehen, sondern vorhandene gesichert bzw. weiter ausgebaut werden. Unsere Kommunalpolitik muss als linke, d.h. bürgerorientierte Politik, erlebbar sein.

Linke Kommunalpolitik muss sich an zwei Kriterien messen lassen:

1. trägt sie dazu bei, wirklich eine "Einwohnerkommune" zu schaffen, folgt sie also praktisch dem Grundgedanken, dass die Bürger die Kommune bilden, und
2. nützt, stärkt und aktiviert sie zuerst die Schwächsten in der Kommune?

Derzeit verfügen wir über 1038 Mandate auf kommunaler Ebene.

Nach dem Grundsatz, dass DIE LINKE nur dort in den Gemeinden wählbar ist, wo auch Kandidatinnen und Kandidaten von uns aufgestellt sind, geht es darum, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten auch dort zu gewinnen, wo die Partei nicht mehr über Mitglieder verankert ist.

Unsere Programmatik und die Kampagne müssen den Bogen von den Kommunen bis nach Europa schlagen.

Eine große Aufgabe wird es sein, das Erscheinungsbild der Partei landesweit, über die Grenzen der Kommunen hinweg, einheitlich zu gestalten. Über die Agentur Trialon werden entsprechende Angebote für eine einheitliche Kommunalwahl-Kampagne unterbreitet.

Um das auch finanziell abzusichern und die unterschiedliche Finanzkraft der Kreise auszugleichen unterstützen wir den Vorschlag des Kreisverbandes Gera zur Schaffung eines gemeinsamen Wahlfonds.

Europawahlen:

DIE LINKE hat seit ihrer Gründung eine klare, zukunftsorientierte und optimistische Sicht auf Europa und die EU.

Doch die derzeitige EU setzt auf eine marktradikale Wirtschaftspolitik, auf Sozial- und Demokratieabbau sowie auf eine Außen- und Sicherheitspolitik, die auf militärische Stärke aufbaut und Kriege in Kauf nimmt. Deshalb muss die Europäische Union auf eine neue Grundlage gestellt werden. Mit dem NEIN zum EU-Reformvertrag in Irland und dem NEIN zum Europäischen Verfassungsentwurf in Frankreich und den Niederlanden gibt es den klaren Auftrag für einen Neuanfang für die Europäische Union.

DIE LINKE arbeitet für ein friedliches, soziales und ökologisches Europa, in dem die Menschen demokratisch und solidarisch zusammenleben können. Dieser historische Optimismus sollte die Wahlkampagne der LINKEN für die Europawahl 2009 tragen.

Wir treten dafür ein, dass sich die EU von einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu einer europäischen Beschäftigungs-, Sozial-, Umwelt- und Friedensunion entwickelt. Ein europäischer Verfassungsvertrag muss diese Thematik zur Basis haben und erlangt nur seine Legitimation durch direktdemokratische Abstimmung durch die EU-Bürger selbst. Darüber hinaus lehnen wir eine Militarisierung der EU ab.

Insbesondere werden wir verdeutlichen, welche konkreten Auswirkungen die EU-Politik gerade auf die Kommunen und damit auf das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen hat.

Landtagswahlen:

Die Landtagswahlen werden von bundesweiter Bedeutung sein.

Bei den Landtagswahlen in Thüringen geht es für die Partei DIE LINKE darum, als führende Oppositionspartei mit einem eigenen Ministerpräsidentenkandidaten einen erfolgreichen Wahlkampf zur Ablösung der CDU-Regierung zu führen.

Erklärtes Ziel ist es, mit den Landtagswahlen 2009 stärkste Partei in Thüringen mit einem Ergebnis von 30% + X zu werden.

Mit diesem Landtagswahlkampf wird zugleich ein bundespolitisches Ausrufezeichen für die Bundestagswahlen gesetzt.

So heißt es im Beschluss des Bundesvorstandes:

„Wir sind gut aufgestellt mit unserem Ministerpräsidenten-Kandidaten Bodo Ramelow. DIE LINKE ist akzeptiert, ihr wird etwas zugetraut und auch in Thüringen ist der Veränderungswille da.“

Nun liegt es an uns, dass wir unsere Bereitschaft dazu klar signalisieren und nicht Angst vor der eigenen Courage haben.

Unsere Wahlkampagne auf der Basis eines eigenen Regierungsprogramms zeigt der Öffentlichkeit, dass wir für die Regierungsverantwortung inhaltlich gut vorbereitet sind.

Das Kompetenzteam unseres Ministerpräsidentenkandidaten Bodo Ramelow, bestehend aus internem und externem Sachverstand, belegt, dass wir für unsere Ideen breite Unterstützung aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, auch über Parteigrenzen hinweg finden und über die Personen verfügen, die die Verantwortung in Thüringen tragen können.

Dabei ist klar, dass das Kompetenzteam kein Schattenkabinett ist.

Wir wollen mit **f ü n f** zentralen Leitprojekten Veränderungen für die Menschen und das Land herbeiführen:

- Erstens - mehr soziale Gerechtigkeit**
- Zweitens - für menschenwürdige und Existenz sichernde Arbeitsplätze**
- Drittens - lebensbegleitendes Lernen für alle**
- Viertens - Energieoffensive, verbunden mit ökologischer Ausrichtung der Wirtschaft**
- Fünftens - mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung**

Bundestagswahlen:

Bei den Bundestagswahlen wollen wir einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass die Partei DIE LINKE mit einem Ergebnis von 10% + XXL in den Bundestag einzieht.

Unser Ergebnis bei der Landtagswahl wird entscheidend dazu beitragen, wie die Bundestagswahlen insgesamt ablaufen. Die Wählerinnen und Wähler, die Ihre Entscheidung bei den Landtagswahlen für DIE LINKE getroffen haben, sind auch für die Bundestagswahl zu mobilisieren.

Das klare Signal, das beide Wahlen vereint, heißt:

DIE LINKE tritt sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene dafür an, mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen und drängende gesellschaftliche Probleme zu lösen. Dass das auf Bundesebene als starke Oppositionspartei und auf Landesebene auch aus der Regierungsverantwortung heraus geschehen kann, gehört im föderalen System der Bundesrepublik zur Normalität.

Es sollte der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, um Arbeit, von der man leben kann, um die gerechte Verteilung der Produktivitätsgewinne und um die soziale Absicherung des Arbeitnehmerstatus ein zentrales Thema im Wahlkampf der LINKEN sein.

DIE LINKE sollte im Bundestagswahlkampf 2009 dafür wirken, dass das Recht auf den Politischen Streik in Deutschland ausgeübt werden kann. Wirtschaftsdemokratie sollte ein wichtiges Thema in den Wahlkämpfen sein. Dazu gehören auch die Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung, die Forderung nach Verstaatlichungen bzw. gesellschaftlicher Kontrolle von Schlüsselbereichen der Wirtschaft, die Forderung nach Sozialisierung und Demokratisierung.

Als Folge der internationalen Finanzmarktkrise gehört die Forderung nach Verstaatlichung des privaten Bankensektors und die Forderung nach sofortiger Einführung einer Millionärssteuer auf die politische Tagesordnung.

Der Wahlkampf muss angesichts der militärischen Orientierung der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung und des Einsatzes der Bundeswehr als internationale Interventionsstreitmacht durch deutlichen Widerstand der LINKEN gekennzeichnet sein. Sie lehnt militärische Interventionen ab und

fordert die Rückführung deutscher Soldaten aus den Auslandseinsätzen und die Reduzierung ihres Auftrages auf die Landesverteidigung ei struktureller Nichtangriffsfähigkeit.

Einige Grundsätze für den Wahlzyklus

Die Kampagne von Kommunalwahlen bis Bundestagswahlen muss inhaltlich und visuell aus einem Guss sein und klären, dass die neue Partei DIE LINKE

- die Partei der sozialen Gerechtigkeit ist,
- die Antikriegspartei ist,
- die Partei für den Alltag ist.

Damit das gelingt, wird mit der Agentur Trialon zusammengearbeitet, die dafür Sorge trägt, dass die Kommunikation im gesamten Wahlzyklus einheitlich ist und dass das Erscheinungsbild der Partei Die LINKE nicht durchbrochen wird. Die Kommunikationsstrategie muss dabei beachten, dass es auf den verschiedenen Ebenen um unterschiedliche Ziele geht.

Durch die Stärke der Partei DIE LINKE. Thüringen in den Kommunen und im Land geht es auf diesen Ebenen um die Übernahme unmittelbarer Verantwortung für das Gemeinwohl während es auf Bundesebene und in der europäischen Politik darum geht, als starke Opposition unseren Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung geltend zu machen.

1. Zielgruppen

Insbesondere im Zusammenhang mit der Tatsache, dass wir einen Kampf um eine andere Politik in Thüringen führen, die mit der Ablösung der CDU-Althaus-Regierung verbunden ist und darauf gerichtet ist, die Geschicke des Landes gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern selbst in die Hände zu nehmen, um eine Verbesserung der Verhältnisse für die Mehrzahl der Thüringerinnen und Thüringer zu erreichen gilt es, weitere WählerInnenschichten zu erschließen.

Seit den letzten Bundestagswahlen ist DIE LINKE in der Lage, Menschen in allen Regionen, aller sozialen Milieus, Bildungs-, Einkommens-, Berufs- und Altersgruppen, Frauen wie Männer, erfolgreich anzusprechen. Darum sollte die Partei sich auch in den kommenden Wahlkämpfen bemühen.

Besonders gut gelang es (auch bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen 2007), die bedrohte Arbeitnehmerschaft, darin speziell das gewerkschaftlich/betriebsrätliche Milieu, die sozial Schwachen, speziell Arbeitslose, sowie tradierte linkskulturelle Milieus anzusprechen. Um diese "linke" und "proletarische" Zielgruppe wird es auch im Wahlkampf 2009 besonders (keineswegs aber ausschließlich!) gehen müssen.

Nach den „Winterwahlen“ steht DIE LINKE weiterhin vor der Aufgabe, junge Wählerinnen und Wähler sowie wahlberechtigte Migrantinnen und Migranten als besondere Zielgruppen anzusprechen.

Eine große Herausforderung stellt der Kampf um die Stimmen von Frauen dar. Sie haben uns in den letzten Jahren unterdurchschnittlich gewählt, denn sie sind der neuen Partei gegenüber skeptischer. Wir sollten diese Herausforderung annehmen.

Die LINKE wendet sich mit ihrer Ablehnung der Politik militärischer Stärke und ihrer Forderung nach einer Politik friedlicher Konfliktbewältigung und einer zivilen Rolle der Bundesrepublik an die Breite gesellschaftlicher Kräfte in der Friedensbewegung und ihrer Organisationen.

Insbesondere im Bereich der Selbstständigen, des Mittelstandes, der Handwerkerschaft und der Bildungsbürgerschaft liegen Möglichkeiten zur Gewinnung von Wählerinnen und Wählern. Die jetzige

Regierungspolitik kümmert sich vor allem und zuerst um die Interessen der Großindustrie, die durch ein dichtes Netz des Lobbyismus mit etablierter Politik verwoben ist.

Der Mittelstand, die Selbständigen und Handwerker sind selbst Leidtragende der falschen Politik der Bundes- und Landesregierung.

Ob wir unsere Wahlziele 2009 erreichen werden, wird entscheidend mit davon abhängen, wie es uns gelingt, Menschen aus dem Lager der Nichtwähler erfolgreich zu mobilisieren. Bei den jüngsten Landtagswahlen 2008 ist dies gelungen. Viele Menschen haben bei den Wahlen der letzten Jahre eine neue Erfahrung gemacht: Es gibt zur Nichtwahl eine Alternative: DIE LINKE.

An diese kollektive Erfahrung gilt es auch 2009 im Gespräch mit den Nichtwählerinnen und Nichtwählern anzuknüpfen.

2. Offene Listen

Die Partei DIE LINKE bewahrt sich die politische Tugend, bei Wahlen mit "Offenen Listen" anzutreten. „Offene Listen“ bei Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sind eine Einladung an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, deren Herz links schlägt, die sich dem Wahlprogramm bzw. den Grundsätzen der Partei verpflichtet sehen und Fachkompetenz mitbringen, sich öffentlich um ein parlamentarisches Mandat zu bemühen.

Auf den Listen der Partei DIE LINKE für Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen kandidieren Mitglieder der Partei DIE LINKE und parteilose Persönlichkeiten.

Wir halten dies für ein belebendes Element in einem zunehmend unattraktiver werdenden Parteienstaat. Beim Bewerben um Listenplätze darf es aber kein Vorteil sein, kein Parteibuch zu haben. Bewährt hat es sich, Anforderungen an die Kandidatinnen und Kandidaten zu stellen.

Und es soll dabei bleiben, dass sich DIE LINKE weiterhin in bewährter Weise bei der Aufstellung von Frauen, durch die Quotierung, von den anderen Parteien positiv unterscheidet.

3. Einheitliches Erscheinungsbild

Wahlkämpfende Gliederungen der Partei DIE LINKE erwarten zu Recht die Solidarität und Unterstützung durch die gesamte Partei.

Es sollte auch in der neuen Partei DIE LINKE selbstverständlich sein, dass sich die jeweiligen Gliederungen auch in Wahlkämpfen nicht nur politisch mit entsprechenden Forderungen und Wahlkampfthemen, sondern auch kulturell und werberisch eindeutig als Teile einer großen Partei DIE LINKE den Bürgerinnen und Bürgern zu erkennen geben.

Das ist insbesondere im Wahljahr 2009 wichtig, wenn es darum geht, den gesamten Wahlzyklus in eine Kampagne zu gießen.

4. DIE LINKE als außerparlamentarische Kraft

Bei aller Bedeutung und Beachtung der vor der Partei DIE LINKE stehenden Wahlen kann die Partei nicht allein in Legislaturperioden und Wahlkampfzyklen denken und handeln. Die politischen und die sozialen Kämpfe in unserer Gesellschaft, in Europa und weltweit gerieten so aus dem Blick.

Das traditionell starke Engagement von Genossinnen und Genossen der Partei DIE LINKE in Vereinen und Verbänden, in Netzwerken und sozialen Bewegungen ist neben der kommunalen Verankerung die zweite Säule, auf der die Partei gründet. Hier kann es – auch in Wahlkampfzeiten – kein instrumentelles Verhältnis für uns geben.

Die Erfahrung lehrt zudem, dass das Ritual der Wiederaufnahme von Kontakten zu Organisationen oder Personen kurz vor Wahlen eher negative Reaktionen auslöst – und das aus Sicht der Betroffenen zu Recht!

Für die Partei DIE LINKE zählen die kritischen Partnerschaften zu den Gewerkschaften, den sozialen Bewegungen (Globalisierungskritik, Frauen/Gender, Frieden/Antikrieg, Umwelt, Antifa, Bürgerrechte...) besonders.

Die Partei DIE LINKE kann mehr gewinnen, wenn sie stärker darauf achtet, bei Themen wie Mindestlohn, prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne oder soziale Absicherung gegen Armut herauszustellen, dass es sich hierbei um Themen handelt, von denen vor allem Frauen betroffen sind.

5. Glaubwürdigkeit

Um unsere Glaubwürdigkeit gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern sowie ihren Partnern in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu bewahren und auszubauen, macht DIE LINKE in ihren Wahlkämpfen deutlich, dass sie nur unter Beachtung ihrer Grundsätze Koalitionen mit anderen Parteien eingehen wird.

DIE LINKE ist – auch in der Regierung – nur so stark, wie sie in der Gesellschaft verankert ist und gesellschaftliche Unterstützung erfährt.

Linke Politik braucht treibende Kritik, öffentlichen Druck und außerparlamentarische Mobilisierung.

Linke Politik grenzt sich von unsolidarischer Politik ab.

Auf welcher politischen Ebene auch immer Kandidatinnen und Kandidaten, Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer öffentlich auftreten, immer muss für das, was sie sagen (Wahlprogramme), und auch dafür, wie sie es sagen (PR & Werbung), eines gelten:

Hier ist DIE LINKE! Es ist politisch wie werberisch eine Partei, die von den Kommunen bis zur Europawahl antritt.

Darum wird die Partei DIE LINKE nur dann erfolgreich sein, wenn sich alle Verantwortlichen für die Wahlkämpfe als Hüter der Marke „DIE LINKE“ begreifen und auch so verhalten.

6. Personen, Erst- und Zweitstimmenwahlkampf

DIE LINKE orientiert für die Europa- und die Bundestagswahl darauf, Kandidatinnen und Kandidaten zu nominieren, die für die Politik der LINKEN in der Öffentlichkeit einstehen, die in der Partei durch ihre politische Arbeit oder ihr öffentliches Wirken im Sinne der Ziele der LINKEN verwurzelt sind.

Es bleibt beim Prinzip der „Offenen Listen“, wie auf dem Cottbuser Parteitag im Mai 2008 beschlossen.

DIE LINKE führt einen entschlossenen Zweitstimmenwahlkampf.

Letztlich sind auf Landesebene die Zweitstimmen dafür ausschlaggebend, ob unser Ziel, eine andere Politik in Thüringen zu verwirklichen, erreichbar ist.

Es gilt, die hohe allgemeine Zustimmung und Akzeptanz für die Partei, welche sich in ihrem positiven Image widerspiegelt, am Wahltag in Wählerzuspruch und so in Stimmen für DIE LINKE umzusetzen.

Personalisierung an der Spitze bedeutet Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit nach Innen und Außen. DIE LINKE hat mit ihren Partei- und Fraktionsvorsitzenden bundesweit über ihre eigene Anhängerschaft hinaus bekannte und geachtete Persönlichkeiten. Lothar Bisky, Gregor Gysi und

Oskar Lafontaine werden im Wahlkampf eine herausragende Rolle spielen. Sie stehen wie niemand sonst für DIE LINKE und ihren Erfolg.

Mit Bodo Ramelow als den Spitzenkandidaten haben wir die besten Voraussetzungen um erfolgreich zu sein. Bodo ist im Land bekannt und steht seit vielen Jahren für Veränderungswillen und Ideen. Er ist dafür bekannt, die Politik auch mit unkonventionellen Schritten aus der Stagnation zu führen.

Die Zahl der für ein Bundestags- Direktmandat der LINKEN chancenreich prognostizierten Wahlkreise nimmt aktuell zu.

Mit dieser Tatsache gilt es, auch mit Blick auf die möglichen Kandidatinnen und Kandidaten, verantwortungsvoll umzugehen. Eine gründliche Prüfung, gemeinsam mit den Verantwortlichen der Kreise, ist geboten, damit frühzeitig eine Entscheidung getroffen werden kann, in welchen ausgewählten Wahlkreisen wir mit besonderer Unterstützung des Bundes und des Landes um den Sieg kämpfen werden.

Gleiches gilt für die Direktwahlkreise im Landtagswahlkampf. Bei derzeit 30 Prozent in Meinungsumfragen ist davon auszugehen, dass sich die Zahl der Direktmandate erhöht. Der Frage der Direktmandate ist im Landesvorstand deshalb erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Wahlkampfumsetzung

Für die politische Vorbereitung und Führung des Wahlkampfes ist der Landesvorstand verantwortlich.

Der Landesvorstand wird beauftragt,

1. dem nächsten Parteitag einen Entwurf für das Regierungsprogramm vorzulegen. Das Regierungsprogramm zeigt die Handlungsfelder auf, mit denen wir die Entwicklung in Thüringen hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, menschenwürdigen und Existenz sichernden Arbeitsplätzen, lebenslanger Bildung für alle, einer Energieoffensive, verbunden mit ökologischer Ausrichtung der Wirtschaft und mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung, bestimmen wollen;
2. der Wählervertreterversammlung ist ein Vorschlag für die ersten 20 Listenplätze vorzulegen und ausführlich zu begründen.
3. mit allen bis eine Woche vor Beginn der VertreterInnenversammlung bekannten KandidatInnen und Kandidaten Gespräche zu führen über
 - die Verpflichtungen, die das Mandat bezüglich ihrer Teilnahme an der Arbeit der Fraktion und des Landesverbandes mit sich bringt,
 - die Bereitschaft, auf Anforderung des Landesverbandes im Bedarfsfall das Wahlkreisbüro mit allen daran geknüpften Verpflichtungen auch außerhalb des Heimatkreises einzurichten, damit ein flächendeckendes Netz von Kontaktstellen aufrecht erhalten werden kann,
 - ihre Spendenbereitschaft,
 - ihre Bereitschaft, an einer gemeinschaftlichen Spendenpraxis für soziale Zwecke festzuhalten, um unsere Kritik an der überhöhten Diätenpraxis glaubwürdig weiterzuführen.
4. dem nächsten Parteitag eine differenzierte Einschätzung der Arbeit und Wirksamkeit der Landtagsfraktion auf den verschiedenen Politikfeldern in der zu Ende gehenden Legislatur aus der Sicht des Landesvorstandes zu geben.

Das Landeswahlbüro

Das Landeswahlbüro ist für die organisatorische Umsetzung der Wahlstrategie verantwortlich. Es koordiniert den Wahlkampf des Landesverbandes und arbeitet dabei mit dem Zentralen Wahlbüro, den Kreiswahlbüros und der Werbeagentur zusammen.

Die Berichterstattung des Landeswahlbüros an den Landesvorstand und das Gremien der Kreisvorsitzenden ist ständiger Tagesordnungspunkt ihrer Sitzungen.

Das Landeswahlbüro trägt die Verantwortung für

- die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten für zielgruppenspezifische Wahlkampfaktivitäten;
- die Prüfung von Wahlunterlagen und die Beantwortung von Wahlrechtsfragen;
- die Realisierung des beschlossenen Finanzplanes für die Wahlen einschließlich einer landesweiten Spendenaktion zur Unterstützung des Wahlkampfes unseres Ministerpräsidentenkandidaten;
- die statistische Aufarbeitung der Wahlergebnisse;
- die Organisation des Medientrainings für die KandidatInnen;
- die Planung und Koordinierung des Personaleinsatzes bei Wahlveranstaltungen;
- die Organisation der Beantwortung von Fragen der Bürgerinnen und Bürger sowie von Vereinen und Verbänden auf der Grundlage der beschlossenen Wahl- und Parteiprogramme (Wahlprüfsteine)
- die Planung aller Wahlwerbemittel – Mediaplanung, Werbeträger, Werbeart, Werbematerialien
- die Analyse des Wahlkampfes der anderen Parteien
- die Medienanalyse
- die Koordinierung von landesweiten Veranstaltungen und ihre materielle Absicherung

Der Landesvorstand und die nachgeordneten Gebietsverbände werden beauftragt, im Rahmen der Erarbeitung ihrer Finanzpläne 2009 und auf Grundlage bestehender Beschlusslagen Pläne zur Finanzierung der Wahlkämpfe zu erarbeiten und zu beschließen.